

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigegefügte 2. Nachtragshaushaltssatzung sowie der 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltjahr 2009 sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2009 – 2012 werden beschlossen.

RM Freygang erklärt, dass der gesamte Haushalt sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabeseite von der Verwaltung nach Verbesserungen durchsucht wurde. Im Ergebnis wird eine Verbesserung von 107.000,00 € festgestellt. Diese Aufgabe wird von den Verantwortlichen seines Erachtens auch in den kommenden Jahren fortzusetzen sein, was zugleich auch eine ständige Überprüfung des Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich machen wird. Er weist darauf hin, dass diese finanzielle Situation nicht hausgemacht ist, sondern die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch Schortens erreicht haben. Hohe Einnahmeverluste sind insbesondere in den Bereichen der Einkommensteueranteile und der Gewerbesteuer entstanden. Der Fehlbedarf beträgt 1.048.000,00 €. Trotz dieser schlechten Entwicklung bittet er darum, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

RM Eggerichs führt aus, dass zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes eine Kreditaufnahme von rund 2 Mio. Euro erforderlich wird, was bei Ausklammerung des Konjunkturpaketes einen Prozentsatz von 65 % beträgt. Solch eine Prozent-Zahl kann sich eine Kommune seiner Meinung nach nur leisten, wenn der Verwaltungshaushalt ausgeglichen ist, da jede Neuverschuldung eine zusätzliche Belastung des Verwaltungshaushaltes bedeutet. Seines Erachtens ist bei der Beschlussfassung zum Haushalt 2009 die Wirtschaftskrise ignoriert worden, was nunmehr zu einem Fehlbedarf von 1 Mio. Euro geführt hat. Ergänzend führt er aus, dass die Verschuldung im Vermögenshaushalt Ende 2008 etwa 9,5 Mio. Euro betrug. Seines Erachtens wird die langfristige Verschuldung bei einer Umsetzung des vorgelegten Wirtschaftsplanes im schlimmsten Fall bis Ende 2013 ca. 18 Mio. Euro betragen, was innerhalb von 5 Jahren nahezu eine Verdoppelung darstellen würde. Er hofft auf eine im Vergleich zu den Annahmen verbesserte Zahlung von Einkommensteueranteilen zum 01.11.2009. Zur Umwandlung des Baubetriebshofes in eine Anstalt öffentlichen Rechts merkt er an, dass diese für eine Kommune nur sinnvoll ist, wenn etwas Positives dabei herauspringt. In dem Fall der Stadt Schortens sollten dies Kostenersparnisse und Synergieeffekte sein. Ein aufgestellter direkter Vergleich zwischen Regiebetrieb und der kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts ergibt keine wesentliche Kostenänderung im Vergleich zum Vorjahr.

Synergieeffekte wären nur bei einem Beitritt weiterer Kommunen in die AöR entstanden. Seines Wissens haben bisherige Verhandlungen mit einer Kommune lediglich eine Zusammenarbeit, jedoch nicht einen Beitritt zum Ziel.

Die Umwandlung in eine AöR hat seines Erachtens also bisher nicht den erhofften Erfolg gebracht.

Kritisch merkt er die Behandlung der Anträge der SPD-Fraktion im Finanz- und Wirtschaftsausschuss an. Ein Antrag auf Kürzung der Wirtschaftsförderung wurde im Februar abgelehnt, bei einer erneuten Vorlage im Rahmen der Beratung zum Konjunkturpaket II wurde diesem jedoch zugestimmt. Ebenfalls abgelehnt wurde der

Vorschlag, die Baumaßnahme Mühlenweg innerhalb eines Jahres in einem Bauabschnitt durchzuführen, um Winterschäden zu vermeiden, die Maßnahme wurde dann aber doch in einem Bauabschnitt durchgeführt. Auch wurde der Antrag auf Durchführung einer Bereisung der Fachausschüsse der Immobilien, die zum Kauf angeboten werden sollen, abgelehnt. Seitens der SPD-Fraktion besteht daher der Eindruck, dass an einer Zusammenarbeit der Fraktionen in Finanzangelegenheiten kein Interesse besteht. Die SPD-Fraktion wird dem 2. Nachtrag 2009 und dem Haushaltssicherungskonzept aus den vorgenannten Gründen nicht zustimmen.

RM Just teilt für die BfB-Fraktion mit, dass diese dem Nachtrag nicht zustimmen wird. Er verweist auf die Beratung zum Haushalt 2009 im Februar, in der er dem Haushalt bereits aufgrund der damals aus seiner Sicht vorgesehenen, horrenden mittelfristigen Verschuldung von 9,5 bis zum Jahr 2013 auf 16,5 Mio. Euro nicht zugestimmt hat. Bei der derzeitigen Beschlussfassung wurden weiterhin steigende Steuereinnahmen zugrunde gelegt und die zu erwartende Verringerung der Steuereinnahmen nicht berücksichtigt. Den heute vorgelegten Schuldenstand führt er daher nicht auf die Wirtschaftskrise, sondern die Beschlussfassung zum Haushalt im Februar zurück.

RM Freygang erklärt, dass die Schuldenentwicklung nicht statisch ist, sondern sich entwickelt. Daher wird die mittelfristige Finanzplanung immer wieder neu zu überdenken sein, um eine hohe Verschuldung zu vermeiden. Eine Verschuldung in der von RM Just genannten Höhe wird auch die Kooperationsgruppe im Rat nicht mittragen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die noch folgende Beratung zu den Eckwerten.

RM Schüder teilt für die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Linksbündnis mit, dass diese dem Nachtrag 2009 und dem Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen wird und verweist auf ihre Begründung zur Ablehnung des Haushaltes 2009 im Februar dieses Jahres.

Es folgen weitere Redebeiträge der RM Homfeldt, Eggerichs, Just und Freygang über die bisherige und zukünftige Zusammenarbeit hinsichtlich der Finanzangelegenheiten der Stadt.

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.